

ver.di–Bundeskongress bleibt bei Ablehnung der Hochrüstung – aber keine Kritik an der Kriegspolitik der Bundesregierung!

Auch nach ihrem 6. Bundeskongress bleibt ver.di bei ihrer Ablehnung der Steigerung der Rüstungsgaben auf das **2 % - Ziel der NATO** und des vom Bundestag beschlossenen „**Sondervermögens**“ zur Aufrüstung der Bundeswehr.

Dies betonte der Bundesvorsitzende, Frank Werneke, am Schluss der lange und sehr kontrovers geführten **Debatte über die Friedenspolitik** von ver.di. In dem von Bundesvorstand erstellten und vom Gewerkschaftsrat eingebrachten **Leitantrag E 084** wurde zudem die geplante „**Lieferung der deutschen Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine**“ **abgelehnt**. „Das Wohl der eigenen Bevölkerung“ dürfe „nicht gefährdet werden. „Einer Kooperation von Schulen und Bundeswehr“ steht ver.di ablehnend gegenüber. **Aus dem „Krieg Russlands gegen die Ukraine** keine 1000 Kilometer von deutschen Grenzen entfernt **darf nicht der Schluss einer Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und der NATO gezogen werden**. Das betrifft zum einen die Entwicklung neuartiger Waffen und Waffensysteme und die Verwendung neuer Technologien, wie „Künstlicher Intelligenz“.“ Zum Thema Wirtschaftskrieg wird im E 084 betont, das ver.di „**Sanktionen, die in erster Linie die breite Bevölkerung treffen**“ ablehnt. „Eine Perspektive, die die russische Wirtschaft dauerhaft schädigen will (Baerbock:„ruinieren“) lehnt ver.di ausdrücklich ab.“

Leider wurde die Debatte über den Kriegskurs von NATO und Bundesregierung durch einen **Geschäftsordnungsantrag** beendet, so dass viele Änderungsanträge aus den Reihen der Delegierten, die mit entsprechenden Aufträgen aus ihren (Landes-) Bezirken, Fachbereichen und Personengruppen nach Berlin gekommen waren, nicht mehr diskutiert werden konnten. Sie wurden von einer Mehrheit der Delegierten „en bloc“ zurückgewiesen.

Insbesondere die in vielen Änderungsanträgen erhobene Forderung nach sofortigem **Waffenstillstand und Aufnahme von Verhandlungen ohne Vorbedingungen**, konnte nicht durchgesetzt werden. So blieb es bei dem allgemeinen Appell an die Bundesregierung, die EU und die internationale Staatengemeinschaft, alle diplomatischen Bemühungen zu unternehmen, das Töten ... in der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden.“ Dies sowie das Festhalten an der grundsätzlichen **Befürwortung von Waffenlieferungen an die Ukraine** wird von vielen friedensbewegten Delegierten als Festhalten an der Unterstützung der „Kriegspolitik der Bundesregierung“ kritisiert und weiterhin abgelehnt. Es bedeutet die Abkehr von dem gewerkschaftlichen Grundsatz, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern! Die Diskussion darüber wird in den Bezirken, Fachbereichen und Personengruppen von ver.di fortgesetzt werden.

Ein wirklicher Konsens in der Frage von „Krieg & Frieden“ wurde nicht hergestellt. Der nur leicht veränderte **Leitantrag „Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“ (E 084) wurde schließlich nach hitzigen Diskussionen von mehr als 20 % der Delegierten abgelehnt**.

Von allen Seiten wurde jedoch betont, dass ver.di Teil der Friedensbewegung sei. In den bevorstehenden Aktionen der Friedensbewegung gegen Aufrüstung und Kriegspolitik, für Frieden in der Ukraine und allen anderen Kriegsgebieten der Welt wird sich zeigen, wie es darum steht. Die Delegierten und die Mitglieder von Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat wurden von den FriedensaktivistInnen eingeladen, sich an den **Demonstrationen am 3. Oktober und am 25. November mit ver.di-Fahnen** aktiv zu beteiligen und dazu aufzurufen. Wir sehen uns dann auf der Straße wieder!

